

Schreibt Mumia Abu-Jamal

Mumias Hauptanwalt Robert R. Bryan hat bei seinen Berlin Besuchen wiederholt gesagt, dass Mumia im Augenblick viel geholfen wäre, wenn Unterstützer_innen ihm schreiben.

Erstens freut sich Mumia riesig über Briefe und Postkarten in seiner 6 qm Todestraktzelle. Zwar kann er viele nicht beantworten, da seine Portokosten sehr gering sind. Aber es ist ihm eine enorme moralische Stütze, wenn er merkt, dass sein Fall immer noch bekannt ist und er trotz Isolationshaft nicht vergessen wurde. Und zweitens ist diese Post ein grosser Schutz für ihn. Zeigt er doch der Zensurbehörde, die sämtliche Post liest und auch dem Gericht und der Staatsanwaltschaft übermittelt, dass sie unter Beobachtung stehen. Das kann Einfluss auf die weiteren juristischen Entwicklungen haben.

Hier Mumias Adresse: Mumia Abu-Jamal
AM 8335
SCI Greene Prison
175 Progress Drive
Waynesburg, PA 15370
USA

Denkt daran, dass jede/r Brief/Postkarte einen Absender benötigt, da es sonst dem Gefangenen nicht ausgehändigt wird.

Eine Karte findet ihr als download auf: **www.mumia-hoerbuch.de**
Dort findet ihr auch **aktuelle Infos.**

Spendenkonto: Mumia Abu-Jamal e.V.
Sparkasse Heidelberg
Konto-Nr. 9081798
BLZ 67250020

Vi.s.d.p.: Gruppe „Freiheit für Mumia Abu-Jamal“
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

Kolumnen von

Mumia Abu-Jamal

- eine Auswahl



Ein historischer Irrtum

Schwarze Gesichter in hohen Ämtern bedeuten noch lange keine politische Macht für die Schwarzen - 400. Kolumne von Mumia Abu-Jamal

Es bleibt, wie es war

Die Präsidentschaftswahlen der USA und was daraus zu lernen ist

Das geerbte Imperium

Mit der Wahl Obamas verändert sich das Verhältnis der schwarzen Bevölkerung zu den USA – aber verändert sich dadurch die imperialistische Politik des Landes?

Obama und der Rassismus

Auch nach dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten bleibt Folter Alltag für schwarze Gefangene

Verraten und verkauft

USA: Die Zeche der Krise müssen die kleinen Leute bezahlen, ganz egal, wer das Land regiert

Vorwärts in die Vergangenheit

Über den Charakter des Kabinetts von Barack Obama und das Wesen der US-Politik

Quelle: www.jungewelt.de
Übersetzungen: Jürgen Heiser

Ein historischer Irrtum

Schwarze Gesichter in hohen Ämtern bedeuten noch lange keine politische Macht für die Schwarzen - 400. Kolumne von Mumia Abu-Jamal

Nur wenige Monate vor einer Wahlentscheidung, deren Ergebnis vielleicht zu den bedeutendsten in der US-Geschichte gehören wird, ist es angebracht, sich näher mit der Geschichte der politischen Führerschaft innerhalb der afroamerikanischen Bevölkerung auseinanderzusetzen. Die meisten Historiker schauen in diesem Zusammenhang auf den Werdegang von Carl Stokes (1927–1996), der 1967 zum Bürgermeister von Cleveland, Ohio, gewählt wurde. Nach dieser Abstimmung errangen Schwarze auch in anderen US-Großstädten wichtige politische Ämter. Viele Afroamerikaner sahen darin den Beginn einer Epoche neuer Bürgerfreiheiten. In der Entwicklung seit den 1960er Jahren bis heute sind wir allerdings eines Besseren belehrt worden. Denn auch wenn die Übernahme bestimmter politischer Ämter durch Schwarze sicherlich Gefühle des Stolzes ausgelöst hat, waren damit noch lange keine Schritte hin zur Erringung tatsächlicher politischer Macht getan.

Schauen wir uns dazu die Erfahrung von Bürgermeister Stokes genauer an. Kurz nach Übernahme seiner Amtsgeschäfte ernannte Stokes den früheren Generalleutnant der US-Armee, O. Davis jr., zum Chef der Behörde für öffentliche Sicherheit und machte ihn damit zu einer Art Superpolizeichef. In einer seiner ersten Amtshandlungen orderte Generalleutnant a. D. Davis, gerade aus der Hölle des Vietnamkrieges heimgekehrt, 30000 Teilmantelgeschosse für die Sicherheitskräfte der Stadt. Diese Munition ist besser bekannt als Dum-Dum-Geschosse. Diese Patronenart gilt bald als inhuman, weil sie verheerende Verletzungen erzeugt, und wurde nach dem Kriegsrecht geächtet.

Bekämpfen wollte der Exmilitär mit den Dum-Dum-Geschossen die Ortsgruppe der Black Panther Party (BPP) in Cleveland und das örtliche Büro des National Committee to Combat Fascism (Nationales Komitee zum Kampf gegen den Faschismus), eine von der BPP gegründete Organisation. Im August 1970 trat Sicherheitschef Davis von seinem Posten zurück und kritisierte öffentlich Bürgermeister Stokes dafür, ihn in seinem Kampf »gegen die Radikalen« (u. a. die Panthers) nicht ausreichend unterstützt zu haben. Stokes, von beiden sicherlich der politisch Geschicktere, stellte im Gegenzug Davis wegen seiner Anforderung von Munition, die gegen die Genfer Konventionen verstößt, öffentlich an den Pranger. Die mittlerweile einsehbare Personalakte von Stokes weist allerdings Protokolle von Arbeitstreffen mit Davis auf, die belegen, daß

Gefolgsleute des 2006 verstorbenen Ökonomen Milton Friedman, die der neue US-Präsident in sein Team von Wirtschaftsfachleuten berufen hat. Friedman war seit seinem 1962 veröffentlichten Bestseller »Kapitalismus und Freiheit« zu einem anerkannten Vorkämpfer des Wirtschaftsliberalismus geworden, der die kapitalistische Ökonomie von den »Fesseln staatlicher Kontrolle und Reglementierung« befreien will, weil nur so politische und gesellschaftliche

Freiheit zu erlangen sei. Obama will sich also künftig auf Ökonomen als Berater verlassen, die weiterhin vertreten, daß sich die Märkte selbst regulieren. Indem Obama sie in seinen Regierungsstab beruft, verläßt er sich künftig genau auf jene Kräfte, deren Politik zur momentan um sich greifenden Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hat.

Und nun hören wir sogar noch, daß Hillary Rodham-Clinton im Kabinett Obama den Posten der Außenministerin übernehmen wird. Eine glühende Verfechterin der Politik der Ära Clinton – das klingt nicht gerade nach einem bevorstehenden Wandel. Was Medien und Öffentlichkeit bei dieser Nachricht aufatmen ließ, hat nichts mit dem Einlösen von Wahlversprechen zu tun, sondern es zeigt nur noch einmal in aller Deutlichkeit, daß die Bush-Ära eine solche Katastrophe war, daß der Rückgriff auf die staatstragenden Kräfte der 1990er Jahre im Vergleich dazu harmlos erscheint.

Obamas Kabinettsliste ist kein Beweis für einen Strategiewechsel. Sie soll sowohl Verbündeten als auch Feinden gegenüber unterstreichen, daß es nicht um Wandel und wirkliche Veränderungen geht, sondern um eine Kontinuität in der Regierungspolitik der USA. Obama signalisiert damit vor allem eins: Auch wenn ab dem 20. Januar 2009 ein neues Gesicht an der Spitze der Regierung steht, ändert das nichts am Wesen der Politik der Vereinigten Staaten von Amerika.

Vorwärts in die Vergangenheit

Über den Charakter des Kabinetts von Barack Obama und das Wesen der US-Politik

Es wäre leicht, sich von der Euphorie dieser Tage über die Wahl Barack Obamas zum 44. US-Präsidenten davontragen zu lassen. Viel zu leicht. Doch trotz des anfänglichen Siegestaumels, den vor allem jene Medien befördert haben, die sich

seit jeher so vortrefflich in ihre servile Rolle gegenüber den Mächtigen fügen, haben wir genug Gründe, beunruhigt zu sein. Diese Medien, die angeblich aus dem Irak-Debakel gelernt haben, wie falsch es war, den Kriegskurs der Bush-Regierung zu beklatschen, bejubeln nun schon wieder uneingeschränkt die neuen Kabinettsmitglieder, die der designierte US-Präsident zusammen mit seinen engsten Beratern ausgesucht und der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Von den Medien hätten wir uns einen Moment des Innehaltens gewünscht, weil die neuen Regierungsmitglieder, die zusammen mit Obama im Januar 2009 ihre Ämter übernehmen werden, doch eher für das Altbewährte stehen und nicht für den monatelang propagierten Wandel.

Die hohe Konzentration der alten Garde von Ex-US-Präsident William Clinton im Kabinett Obama steht eher für ein »Vorwärts in die Vergangenheit« als für einen Aufbruch in eine wirklich neue Zeit. Es trifft natürlich zu, daß nach den acht fürchterlichen Jahren der Regierungszeit unter George W. Bush jede Alternative die Hoffnung erweckt, daß es jetzt nur noch besser werden kann. Es ist aber nicht weniger wahr, daß viele der Probleme, mit denen die USA heute zu kämpfen haben, ihren Ausgangspunkt in der Zeit der Clinton-Präsidentschaft haben. Oder sie bestanden sogar schon vorher und haben sich unter Clinton nur verschlimmert.

1

Die Clinton-Regierung hat beispielsweise das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA (North American Free Trade Agreement) entwickelt und ohne größere Widerstände durch den Kongreß gebracht. Unter Parolen mit den Stichwörtern »freier Handel« und »Globalisierung« wurde in der Folge die Inlandsproduktion ausgehöhlt, weil NAFTA jene Unternehmer begünstigt, die auf der Suche nach billigeren Arbeitskräften und größeren Profiten mit ihren Firmen das Land verlassen. Clinton hatte seinen Wahlsieg vor allem den Arbeiterinnen und Arbeitern zu verdanken, aber loyal war er nur gegenüber den Konzernen und Banken, und ihren Interessen diente er zuallererst und uneingeschränkt.

Auch jetzt war es wieder die arbeitende Bevölkerung, die sich auf die Seite des Senators der Demokratischen Partei aus dem Bundesstaat Illinois schlug. Wenn Meldungen über Obamas Beraterstab zutreffen, sind es nun vor allem beide darin übereinstimmten, Dum-Dum-Geschosse gehörten zur adäquaten Bewaffnung im Kampf gegen die Panthers.

Nur weil Stokes ein schwarzer Bürgermeister war, bedeutete das nicht gleichzeitig, daß er nicht auch in hohem Maße an der Zerschlagung der Black Panther Party interessiert war. In Zeiten großer Unzufriedenheit und steigender Unruhe unter Schwarzen scheinen schwarze Bürgermeister perfekt in das Instrumentarium eines gegen die schwarze Bevölkerung vorgehenden repressiven Staatsapparates zu passen, weil ihre bloße Präsenz schon den potentiellen Vorwurf des Rassismus entkräftet.

Wenn Barack Obama es schafft, ins Weiße Haus gewählt zu werden, dann ist das objektiv ein beachtlicher politischer Erfolg. Dieser wird nur möglich sein, wenn auch Millionen Weiße ihm ihre Stimme geben. Vor allem von vielen jungen Leuten steht das zu erwarten. Damit würde ein solcher Erfolg nicht geschmälert, aber es muß bei der genauen Analyse des politischen Charakters dieser potentiellen Wahlentscheidung berücksichtigt werden. Anders ausgedrückt, sind »Black faces in high places« – schwarze Gesichter in hohen Ämtern – nicht gleichbedeutend mit der Erlangung größerer Freiheiten oder sozialer Sicherheit für die afroamerikanische Bevölkerung in den USA. Politische Macht ist mehr als die bloße Präsenz in den Zentralen des Systems. Politische Macht zu haben bedeutet, über die reale Fähigkeit zu verfügen, den Vorstellungen des Volkes von gesellschaftlicher Freiheit, Unabhängigkeit und materiellem Wohlstand zur Durchsetzung zu verhelfen. Und davon sind wir heute genauso weit entfernt wie 1967.

Es bleibt, wie es war

Die Präsidentschaftswahlen der USA und was daraus zu lernen ist

Wenn US-Präsident Barack Obama in diesen Tagen den Nahen Osten und Europa bereist und seine Person und Reden wieder einige Beachtung und Jubel ernten werden, sei noch einmal an die noch nicht so weit zurückliegende Präsidentschaftswahl erinnert und die kritische Frage aufgeworfen, was daraus zu lernen ist. Denn es gilt, sowohl neue als auch alte Lehren aus diesem Ereignis zu ziehen.

In mancher Hinsicht wurde durch Obamas Wahlsieg eine neue Seite im Buch der Geschichte aufgeschlagen. Ein Vorgang, der so bisher noch nie dagewesen ist und Auswirkungen auf viele nationale und internationale Entwicklungen hat.

Andererseits stellt diese Wahl ein Lehrstück an Kontinuität der herrschenden Politik dar, weil die Demokratische Partei auch 2008, wie schon in den Kongreßwahlen von 2006, bemüht war, den Reichen und Wohlhabenden zu beteuern, daß sich nichts Wesentliches ändern werde und ihre Interessen geschützt würden.

Und während Präsidentschaftskandidat Barack Obama den Wahlkampf unter der Losung »Yes we can!« führte und Erfolg hatte mit dem Versprechen, einen »Wandel« herbeiführen zu wollen, setzten er und sein Kabinett seit der Amtsübernahme im Januar 2009 in einigen Punkten die politische Praxis seines Vorgängers George W. Bush fort. So weigerte er sich, Fotos veröffentlichen zu lassen, die US-Soldaten zeigen, wie sie Gefangene mißhandeln, mißbrauchen, foltern oder erniedrigen. Die von der Bush-Cheney-Regierung eingerichteten

Militärgerichtstribunale sollen fortgesetzt werden, wenn auch mit einigen prozessualen Modifizierungen. Auch einige der »Black sites«, wie die von der CIA in mehreren ausländischen Staaten eingerichteten und verwalteten illegalen Geheimgefängnisse genannt werden, sollen bestehen bleiben. Außerdem werden die von der vorigen Regierung begonnenen Kriege fortgesetzt und wie im Fall Afghanistan sogar ausgeweitet. Diesem Krieg widmet das Weiße Haus seine volle Aufmerksamkeit und den Löwenanteil seines Militärhaushalts.

Schaut man sich die Wahlversprechen des Kandidaten der Demokratischen Partei und die heutige Politik der Obama-Regierung an, kann man nur sagen: Was für ein Unterschied! Es eine Sache, sich um ein Amt zu bewerben, und eine andere, es zu übernehmen und konkrete Politik betreiben zu müssen.

Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß seit der unseligen Regierung des 31. US-Präsidenten Herbert C. Hoover (1929–33) die abgewählte Bush-Regierung die größte Ansammlung von Schurken, Halunken und Wirtschaftskriminellen in sich vereinigte. Aber das spielt heute offensichtlich keine Rolle mehr. Ungeachtet aller Verbrechen, die von der Vorgänger-Regierung begangen wurden, ungeachtet der Gewalt, die der US-Verfassung angetan wurde, ungeachtet aller Geheimgefängnisse und Guantánamos wissen die dafür Verantwortlichen, daß sie weiterhin Immunität genießen. Das »Impeachment«-Gerede des Jahres 2008 über eine vorzeitige Amtsenthebung George W. Bushs war schnell vom Tisch, und niemand spricht heute mehr ernsthaft davon, einige dieser Kriminellen unter Anklage zu stellen. Warum? Einfache Antwort: So läuft halt das »politische Geschäft«. In Frankreich gibt es dazu eine passende Redensart, die in etwa lautet: Je mehr sich die Dinge angeblich verändern, desto mehr bleiben sie, wie sie sind.

Wie verhält sich nun in diesem Zusammenhang US-Präsident Barack Obama, dem gerade die vielen Stimmen aus Arbeiterkreisen die Regierungsübernahme ermöglicht haben? Wer Obama in der letzten Zeit reden hörte, dem muß bei seinen folgenden Worten dessen Vorgänger George W. Bush vor dem geistigen Auge erschienen sein: »Die Gewerkschaften und die Arbeiter, die bereits ungeheuer schmerzhaft zugeständnisse gemacht haben, werden zu noch stärkeren Konzessionen bereit sein müssen.«

Die 1935 gegründete Automobilarbeitergewerkschaft UAW (United Automobile, Aerospace and Agricultural Implement Workers of America) ist die größte Gewerkschaft Nordamerikas, unter deren Dach 513000 Beschäftigte und 575000 Ruheständler aus den USA, Kanada und Puerto Rico organisiert sind. In den letzten Jahren hat die ehemals verhandlungsstarke und kämpferische UAW viele Positionen aufgeben müssen. Beispielsweise haben die Automobilkonzerne vor Jahren einen Tarifvertrag durchgedrückt, wonach neuingestellte Arbeiter einen

Zeitarbeiterstatus bekommen und nur noch die Hälfte des Lohns der Stammebelegschaften erhalten.

Wie kann es nur sein, daß ausgerechnet all jene, die sowieso schon so gut wie nichts haben, davon auch noch immer mehr abgeben sollen? Jahrzehntlang glaubten viele Leute, daß sich die Demokratische Partei stärker der Arbeiterschaft verbunden fühlte, und gaben ihr bei Wahlen immer wieder ihre Stimme. Wie aber konnte dieser Glaube noch aufrechterhalten werden, nachdem die Demokraten unter US-Präsident William Clinton das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) beschlossen und damit die Abwanderung vieler Unternehmen in Billiglohnländer förderten? Die Arbeiterinnen und Arbeiter hatten den Demokraten sicher nicht ihre Stimme gegeben, damit sie eine Politik inszenierten, die ihnen Arbeitslosigkeit und Lohnrückerei brachte. 1990 sagte Kevin Phillips, der wichtigste Analytiker der Republikanischen Partei, über die Demokratische Partei, sie stehe »auf Platz zwei aller enthusiastischen prokapitalistischen Parteien der Geschichte«.

Schaut man sich die Spitzenverdiener unter den Vorständen US-amerikanischer Konzerne an, dann stößt man auf Leute wie Rick Wagoner, dem von Obama geschafften Chef von General Motors, der zum Abschied immerhin noch 23 Millionen US-Dollar aus Pensionsansprüchen erhielt. Das alles geschieht unter einer Regierung, der so viele Millionen Menschen hoffnungsvoll ihre Stimme gegeben haben. Man dankt es ihnen – mit noch mehr Verrat an ihren existentiellen Interessen.

haben, aber in meinen Augen ist er trotzdem ein »nigger!« Der Beamte fuhr fort: »Heute sind Hofgang und Duschen gestrichen. Wir werden euch »niggers« schon zeigen, wer das Kommando im SMU hat!«

Die traktierten Gefangenen wurden in Handschellen gelegt, ihnen wurde Pfefferspray ins Gesicht gesprüht, dann mußten sie sich nackt ausziehen und wurden verprügelt. Das war der Racheakt dafür, daß sie von ihren vermeintlichen Verfassungsrechten Gebrauch gemacht und Klage vor einem US-Gericht erhoben hatten. Und das alles passierte an eben jenem Tag, an dem Barack H. Obama den Amtseid leistete und vor der Nation und der Welt verkündete, daß »wir nicht foltern«.

Verraten und verkauft

USA: Die Zeche der Krise müssen die kleinen Leute bezahlen, ganz egal, wer das Land regiert

Die US-Wirtschaft befindet sich weiter im freien Fall, aber gerade in der Krise zeigt sich die Ungleichheit unter den Betroffenen. Denn während Unternehmen zweistellige Milliardenbeträge aus der Staatskasse erhalten, um sie vor dem Ende zu bewahren, erwartet man von Arbeitern und Angestellten, noch mehr »Opfer zu bringen«.

Die Manager an den Konzernspitzen haben trotz der von ihnen mitzuverantwortenden Krise keinerlei Einbußen zu erleiden. Angesichts von Mißwirtschaft, Verlusten und hausgemachten Problemen werden sie auch nicht aufgefordert, irgend etwas von dem zurückzuzahlen, was sie sich trotz der fatalen Lage ihrer Unternehmen großzügig selbst ausgezahlt haben. Ja, mehr noch, sie werden noch nicht einmal gefragt, was sie eigentlich mit den über 300 Milliarden US-Dollar gemacht haben, die bereits als »Rettungspakete« deklariert an sie und ihre Firmen geflossen sind. Sicher ist nur, daß sie vor allem nicht das gemacht haben, was sie hoch und heilig versprochen, als sie bei der Regierung um Sanierung ihrer Unternehmen aus Steuermitteln nachsuchten.

Die Automobilkonzerne baten vergeblich um Hilfszahlungen, wie sie die Banken erhalten hatten. Die politischen Eliten rieten den Vorständen sogar, die Wirtschaftskrise dazu zu nutzen, die Automobilarbeitergewerkschaften zu schleifen und mehr Arbeiter auf die Straße zu setzen sowie die Löhne und die Pensionsansprüche zu kürzen.

Das geerbte Imperium

Mit der Wahl Obamas verändert sich das Verhältnis der schwarzen Bevölkerung zu den USA – aber verändert sich dadurch die imperialistische Politik des Landes?

Alle Imperien der Menschheitsgeschichte basierten auf Verbrechen. Den Fortbestand eines Imperiums zu sichern, brachte immer die Verpflichtung mit sich, etwas zu verteidigen, was jeweils nur mit neuen Verbrechen möglich war. Mittels militärischer Interventionen weiten Imperien ihren Einflußbereich aus und sichern diesen, indem Besatzungsmächte und Regimes installiert werden, die sich vor allem auf Repression, Folter und brutale Unterdrückung verstehen. Diese allen Imperien innewohnende Natur beweist die Menschheitsgeschichte anhand vieler Beispiele.

Das Römische Reich hat sich über die damals bekannte Welt hergemacht und gewaltige Verwüstungen angerichtet, um Rom, die »ewige Stadt«, reich und mächtig zu machen. Die römischen Heere fielen in fremde

Länder ein, die besiegten Herrscher und Eliten wurden erschlagen oder versklavt, Marionettenregierungen traten an ihre Stelle, Rohstoffe und Reichtümer wurden außer Landes geschafft, um den immerzu nach Futter gierenden Schlund Roms zu füllen.

Nachdem das von George W. Bushs Clique geführte US-Imperium an seine Grenzen gestoßen war, hat die Wahl Barack H. Obamas zum neuen US-Präsidenten Millionen Afroamerikaner eine neue Sichtweise der Vereinigten Staaten nahegelegt. Hatten sie das Land bislang eher mit ambivalenten Gefühlen betrachtet, beziehen sich diese nunmehr zum ersten Mal in der US-Geschichte positiv auf das Land, in dem sie leben. Sie identifizieren sich mit ihm und entwickeln ein »Wir-Gefühl«, anstatt sich wie bisher durch die Trennung in »wir hier unten« und »die da oben« abzugrenzen. Diese Veränderung könnte ein Wendepunkt in der USamerikanischen Geschichte sein.

Aber identifizieren wir uns wirklich nur deshalb mit dem US-Imperium, weil ein Mann mit schwarzer Hautfarbe in das Amt des höchsten Repräsentanten des Landes gewählt wurde? Waren wir es denn, die dieses Imperium durch unsere Stimmabgabe erschufen? Oder wurde uns sein Vermächtnis durch unser Kreuz an der Wahlurne vererbt? Die meisten, die Obama gewählt haben, sprachen sich damit vor allem gegen den Irak-Krieg aus, der die deutlichsten imperialen Züge in der neueren US-Geschichte trägt. Jede Stimme war als eine Unterstützung für ein möglichst rasches und entschiedenes Ende des Krieges gedacht. Nach landesweiten Umfragen zu urteilen, haben sich von allen US-Bürgern Schwarze am vehementesten gegen den Krieg gewandt

– vielleicht wegen der tief ins kollektive Gedächtnis eingebrannten Erfahrung der am eigenen Leib erlebten Unterdrückung. Imperien aber, die sich auf Gewalt und Ausbeutung gründen, vergiften nicht nur das Klima ihrer Kolonien, sondern auch ihr eigenes. Das Britische Empire legte sich über Generationen mächtig dafür ins Zeug, über die Hälfte von Afrika, weite Teile Asiens und zwei Drittel Nordamerikas zu erobern und auszubeuten. Doch unter der Last einer notwendigen Verteidigung dieses Weltreiches gegen die aufbegehrenden Völker begann seine Macht zu bröckeln. Gierige Konkurrenten taten ihr übriges und machten dem Empire dessen geraubte Besitztümer streitig. Schließlich war London nicht mehr dazu in der Lage, seine Kolonien zu halten. Und dann waren es die USA, die als stärkste Macht aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgingen und vieles

von dem »Erbe«, das die Briten verloren geben mußten, übernahmen. Auch andere europäische Mächte traten mancherorts bereitwillig an die Stelle der britischen Kolonialmacht. In Indochina vererbte Frankreich den Vietnamkrieg an die USA, als es dem Widerstand des vietnamesischen Volkes nicht länger standhalten konnte. Die USA zahlten dafür einen hohen Preis, ihre Truppen mußten das Land am Ende selbst fluchtartig verlassen. Was kann gräßlicher sein als ein blutiger imperialistischer Krieg? Imperien und ihre Kriegspolitik sollten deshalb nicht leichtfertig als »Erbe« übernommen werden. Das gilt insbesondere für Länder, in denen es angeblich das Volk ist, das über die Politik bestimmt.

Obama und der Rassismus

Auch nach dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten bleibt Folter Alltag für schwarze Gefangene

US-Präsident Barack H. Obama befindet sich auf seiner ersten offiziellen Europareise, um am G-20-Gipfel in London und den Feiern in Baden-Baden und Strasbourg rund um »60 Jahre NATO« teilzunehmen. Seiner Person wird dabei besondere Beachtung geschenkt. Für Abermillionen Menschen in- und außerhalb der USA war und ist die Tatsache, daß ein Afroamerikaner Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika werden konnte, ein geschichtsträchtiger Moment von ganz besonderer Bedeutung. Ein Ereignis, das die Veränderung einer Nation suggeriert, die bis heute von der Geißel des Rassismus geplagt wird. Obama wurde damit zu einem Symbol für die Sehnsucht von Millionen, endlich den Rassismus zu überwinden. Eine Sehnsucht, die auch in der staunenden Begeisterung der Menschenmassen sichtbar wurde, die am Tag der Amtseinführung die Straßen der Hauptstadt Washington überfluteten.

Auch viele Menschen hinter den Gefängnismauern, denen die Teilnahme an Wahlen gesetzlich versagt ist, schauen hoffnungsvoll auf diese Entwicklung. Aber die Realität ist gerade für sie eine völlig andere. Stellvertretend sei hier berichtet, was Gefangene im Sonderbehandlungstrakt SMU (Special Management Unit) des Camp Hill Prisons im Bundesstaat Pennsylvania erleben mußten. Insbesondere sechs schwarze Gefangene unter ihnen werden sich an diesen Tag ganz anders

erinnern. Unter wüsten rassistischen Beschimpfungen wurden sie von weißen Wärtern verprügelt, getreten und mit Elektroschockwaffen angegriffen. Nach Untersuchungen der in Pittsburgh arbeitenden Menschenrechtskoalition (Human Rights Coalition –HRC) führte das Anstaltspersonal am 20. Januar 2009 einen gezielten Angriff auf die Gefangenen aus, um an ihnen ein Exempel zu statuieren und damit eine Botschaft an alle schwarzen Gefangenen auszusenden: »Zum Teufel mit diesem historischen Tag, für uns seid und bleibt ihr »nigger!«

In dem ausführlichen Bericht, den die Menschenrechtskoalition erst kürzlich der Presse übergab, dokumentiert sie die Mißhandlungen und Beschimpfungen, denen David Smith, Gary Tucker, Damont Hagan, Ronald Jackson, Willie Robinson und Jamar Perry ausgesetzt waren. Von diesen Männern waren einige sogar mit dem Tode bedroht worden, weil sie es in der Vergangenheit gewagt hatten, Mißhandlungen anzuzeigen und Anklagen gegen brutale Wärter zu erheben.

Am Morgen der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten machte ein hochrangiger Anstaltsbeamter nach Aussagen mehrerer Zeugen folgende Ansage über die Lautsprechanlage des Gefängnisses: »Er [Obama] mag ja gewonnen